

# PERSPEKTIVE

## Zeitung für Solidarität und Widerstand

### Hunderte Milliarden fürs Kapital?



European People's Party ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:EPP\\_Political\\_Assembly,\\_04-05\\_May,\\_Munich\\_\(52870242323\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:EPP_Political_Assembly,_04-05_May,_Munich_(52870242323).jpg)), „EPP Political Assembly, 04-05 May, Munich (52870242323)“, <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/legalcode>

Monatlich gedruckt  
& täglich unter:  
[perspektive-online.net](https://perspektive-online.net)

#### Internationale Klassenkämpfe

Ein von Krisen zerrüttetes kapitalistisches System überbietet sich täglich mit neuen Katastrophen. Doch was auch nicht ausbleibt, ist der Widerstand der Unterdrückten. Gerade jetzt lohnt es sich, einen Blick auf die internationalen Klassenkämpfe zu werfen. > Seite 3

#### „Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam!“

Vor 50 Jahren endete der Vietnamkrieg. Bis heute bleibt es inspirierend zu sehen, wie das Volk eines kleinen, armen Landes eine Weltmacht besiegte und die weltweiten Proteste gegen den Krieg der USA zur Politisierung einer ganzen Generation führen konnten. > Seite 6

#### Faschistische Gewalt auf dem Vormarsch - was tun?

In den letzten Monaten mussten wir einen Anstieg der von Faschist:innen ausgehenden Gewalt erleben. Brutale Angriffe nehmen zu. Ziele sind neben Geflüchtetenunterkünften und Migrant:innen auch häufiger Antifaschist:innen, Jugendzentren und linke Projekte. > Seite 7

#### Albert Einstein gegen Krieg und Faschismus

Am 18. April 1955 verstarb Albert Einstein in Princeton. 70 Jahre nach seinem Tod lohnt es sich, nicht nur an seine wissenschaftlichen Leistungen zu erinnern, sondern auch an seinen unermüdlichen Einsatz gegen Krieg, Faschismus und soziale Ungerechtigkeit. > Seite 8

Um Deutschland vor dem Abstieg in die zweite Klasse der Imperialisten zu bewahren, haben sich Union, SPD und Grüne für Kriegskredite in historischem Ausmaß zusammengeschlossen. Hunderte Milliarden sollen in die Rüstung fließen. Doch die Folgen der Kriegspolitik werden wir nicht erst an der Front zu spüren bekommen. Schon jetzt gehören Sozialabbau und Angriffe auf uns Arbeiter:innen zur Normalität. – Ein Kommentar von Luis Tetteritzsch.

„Es geht durch die Welt ein Geflüster“ beginnt das bekannte kommunistische Gedicht „Der heimliche Aufmarsch“. Doch wessen Geflüster soll das sein? Darauf wird kurz danach geantwortet: „Das sind die Stimmen der Kriegsminister“. Geschrieben wurde das Gedicht 1927 von Erich Weinert und damit circa auf halber Strecke zwischen dem Ende des Ersten imperialistischen Weltkrieges und dem Beginn des Zweiten.

Fast 100 Jahre alt, behält der Inhalt des Gedichts aber weiterhin seine

Relevanz. Auch wenn die Kriegsminister gar nicht mehr flüstern, sie schreien uns vielmehr ihre Absichten ins Gesicht: Krieg mit Russland, Wehrpflicht, eine kriegstüchtige Bundeswehr und Gesellschaft. Der bisherige Höhepunkt kam dann aber letzten Monat: Union und SPD legten im Rahmen ihrer Sondierungsgespräche für die neue Bundesregierung ein Sondervermögen von 1 Billion Euro vor. 500 Milliarden Euro davon sollten direkt an die Bundeswehr gehen. Weitere 400-500 Milliarden Euro soll-

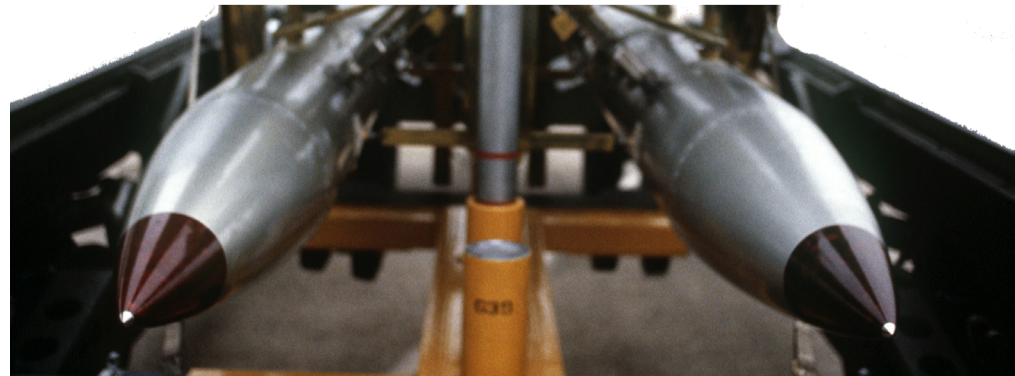
ten in die „Infrastruktur“ fließen.

Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz wurde das 500-Milliarden-Aufrüstungspaket für die Bundeswehr dann aber doch zurückgezogen. Der Grund dafür war keineswegs eine Rückbesinnung auf eine neue Friedenspolitik. Stattdessen soll nun eine Lockerung der Schuldenbremse für jegliche Militärausgaben durchgesetzt werden, welche die Marke von einem Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts (ca. 40 Milliarden Euro) überschreiten.

## Militärische Aufrüstung: Alle gegen alle?!

Die Lage für die Ukraine hat sich mit dem Amtsantritt der neuen US-Regierung zugespitzt. Diese will einen Waffenstillstand auch gegen den Willen Kiews durchsetzen, um wieder ungehindert Geschäfte mit Russland machen zu können. Die Entfernung der USA von den europäischen Ländern droht daneben die Widersprüche zwischen Deutschland, England

und Frankreich neu anzufachen. Parallel zur Tempoverschärfung im Aufbau der eigenen militärischen Kapazitäten drängt sich eine Frage auf, die über allem anderen zu stehen scheint. Was ist die Bedeutung von Atomwaffen heute und warum wird auch Deutschland früher oder später auf ihren Besitz drängen? > Seite 4-5



Zukünftige Regierungen dürfen damit Schulden in unbegrenzter Höhe für die Bundeswehr aufnehmen. Ein „Blankoscheck“ für die Bundeswehr und die deutsche Rüstungsindustrie, denn damit könnten sie auch weit über die eine Billion hinausschießen. Ganz nach dem neuen Motto des designierten Bundeskanzlers Friedrich Merz (CDU): „Whatever it takes“.

## Unbegrenzte Rüstung

„Was auch immer notwendig ist.“ Das neue Leitmotiv der angehenden Regierungskoalition bezieht sich dabei aber nicht auf die hingebungsvolle Erfüllung der Bedürfnisse der Bevölkerung. Im Gegenteil ist eine Politik gemeint, die den Konzernvorständen, Aktionär:innen und Imperialisten in Krisenzeiten rettend zur Hilfe eilt.

Wer sich Hoffnungen macht, dass die hunderten Milliarden Euro dazu da sind, um uns Arbeiter:innen unter die Arme zu greifen, der wird schnell enttäuscht werden. Die hunderten Milliarden sind hunderte Milliarden für den Krieg. Darüber täuscht auch kein Geschwafel über die Verteidigung von „Frieden, Freiheit und Demokratie“ hinweg. Waffen werden im Kapitalismus nicht produziert, um Frieden zu schaffen. Genau so wenig wie Milliarden für die Bundeswehr. Egal wie oft die Kriegstreiber diese Wahrheit auch umdrehen wollen. Denn wenn diplomatische Hintertürgespräche und Knebelverträge nicht mehr ausreichen, um den Profithunger der Monopole zu stillen, dann greift man eben zu anderen, militärischen Mitteln: Dem Krieg.

Wer am Ende von diesen absurden Kriegskrediten profitieren wird, zeigt uns ein Blick auf die Börsenkurse. Lag der Preis einer Aktie des größten deutschen Rüstungskonzerns Rheinmetall vor dem Ukrainekrieg noch unter 100€, konnte sich dieser innerhalb der letzten Jahre auf 1.300€ verdreizehnfachen! Hilfreich war sicherlich auch das damalige 100-Milliarden-Sondervermögen. Immerhin prahlte Rheinmetall-CEO Armin Papperger stolz damit, dass „am Ende zwischen 30 und 40 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen zu uns kommen“ würden.

„Aber es sollen doch auch 500 Milliarden Euro in die Infrastruktur investiert werden!“, könnte man erwidern. Das stimmt. Die Frage ist aber, wofür das Geld dann wirklich genutzt wird. Zwar versprechen Union und SPD Investitionen in die Verkehrs- und Energieinfrastruktur sowie Krankenhäuser und das Bildungssystem. Doch auch hier soll es einem bestimmten Zweck dienen: Den Kriegsvorbereitungen der Herrschenden.

Alle genannten Bereiche sind Teil der kritischen Infrastruktur, der in Zeiten hybrider und regulärer Kriegsführung eine entscheidende Rolle zukommt. Krankenhäuser müssen auf verletzte Soldat:innen von der Front, das Schienennetz auf die Verlegung von Kriegsgerät zur Ostfront und die nationale Energieindustrie auf die Unabhängigkeit von ausländischen Partnern vorbereitet werden. Ungefähr so steht es auch in einem dem SPIEGEL vorliegendem mehrere hundert Seiten langen Schreiben über den geheimen Operationsplan Deutschland (OPLAN DEU), der die strategischen Kriegsvorbereitungen für Deutschland definiert.

## Zeitenwende heißt Sozialabbau!

Die beschworene „Kriegstüchtigkeit“ ist aber natürlich nicht kostenlos und die hunderten Milliarden Euro fallen nicht einfach vom Himmel. Dort wo Milliarden ins Militär gepumpt werden, müssen woanders Milliarden eingespart werden. Dreimal darf man raten, wer den „Gürtel enger schnallen“ soll. Die Antwort darauf haben wir nicht zuletzt in den beiden vergangenen Bundeshaushalten sehen können. Denn um die erhöhten Militärausgaben überhaupt bezahlen zu können, wurden die Ausgaben des Gesundheitsministeriums im Haushalt 2024 kurzerhand um 33,7 Prozent gekürzt. Dem Bildungsministerium wurden Finanzen in Höhe von 1,2 Milliarden Euro gestrichen und die Ausgaben für Studierende um satte 440 Millionen und für Schüler:innen um 220 Millionen Euro. 1,5 Milliarden wurden direkt bei den Sozialausgaben gestrichen, davon 600 Millionen beim Zuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung.

Gestiegene Preise und gleichbleibende Löhne haben uns die letzten Jahre das Leben schwer gemacht. Die Antwort der Politik darauf? Die Sozialhilfen, die uns noch über Wasser halten, kaputt sparen, um neues Kriegsgerät zu finanzieren. Ihre Kriegsvorbereitungen klauen uns also nicht nur die Perspektive auf eine friedliche Zukunft, sondern auch das Geld direkt aus unserer Tasche. Die als „Zeitenwende 2.0“ getauften Kriegskredite haben aber nochmal ganz andere Größenverhältnisse als das erste Sondervermögen. Dementsprechend können wir schon jetzt davon ausgehen, dass die geplanten und zur Finanzierung der Kriegsausgaben notwendigen Angriffe auf unsere Klasse kommen werden, und zwar mit voller Härte.

## Zur Peitsche gehört auch immer das Zuckerbrot

Die Herrschenden wissen aber, wie sie ihre Angriffe auf uns Arbeiter:innen durchführen können, ohne mit größerem Widerstand rechnen zu müssen. Während nämlich mit unvergleichbarer Unverschämtheit unvorstellbare Summen in die Kriegsmaschinerie des deutschen Imperialismus gesteckt werden, sollen wir mit kleinen „Bonbons“ zufriedengestellt werden. So wird uns die Mindestlohnerhöhung auf 15€ als Erfolg im neuen Sondierungspapier der Union und SPD verkauft. Was hier keine Erwähnung findet: Dies entspricht gerade mal einer Anpassung an die Armutsgrenze.

Dasselbe gilt für die Rente: Wir sollen der künftigen Regierung dankbar sein, dass sie uns nun doch nicht ackern lässt, bis wir 70 sind. Gleichzeitig verkünden Union und SPD die sogenannte „Aktivrente“, mit der „zusätzliche finanzielle Anreize“ geschaffen werden sollen, damit sich „freiwilliges längeres Arbeiten mehr lohnt.“ Dass hier der Zwang, aufgrund finanzieller Nöte über das Rentenalter hinaus arbeiten zu müssen, als „freiwillige Arbeit“ dargestellt wird, ist an Hohn wohl kaum zu übertreffen. Letztendlich wird dadurch auch kein bisschen an den Ursachen der Altersarmut wie z.B. zu niedrigen Löhnen gearbeitet, sondern lediglich ihr Status Quo beibehalten.

Genauso wird die in Zukunft einheitlich geregelte Mütterrente nichts anderes als ein Tropfen auf den heißen Stein sein. Frauen wird in dieser Gesellschaft automatisch die Aufgabe der (alleinigen) Kindererziehung zugewiesen. Oft können sie in diesem Zeitraum nicht arbeiten gehen und dadurch auch nicht in ihre Rentenversicherung einzahlen. Frauen droht damit eine besonders niedrige Rente. Die Mütterrente wird aber weder

an den allgemein viel zu niedrigen Renten etwas ändern, noch an dem Anspruch, dass sie Kindererziehung, Haushalt und Lohnarbeit unter einen Hut bekommen sollen.

Stellen wir hunderte Milliarden Kriegskredite und 15€ Mindestlohn gegenüber, weiß man kaum, ob man weinen oder lachen soll. Während also die größten Angriffe auf unsere Klasse vor unseren Augen vorbereitet werden, werden uns zur Besänftigung kleine Bonbons hingehalten. Zeitgleich bekommen Rüstungsgiganten wie Rheinmetall, die Bundeswehr und deutsche Monopole ganze Süßigkeitenfabriken geschenkt.

Einzelne Teile unserer Klasse sollen mit dieser „Bonbonpolitik“ ruhig gehalten werden, indem ihnen kleine Zugeständnisse gemacht werden. Das Vertrauen alleinerziehender Mütter wird sich mit der Mütterrente versucht zu kaufen, mit der Erhöhung des Mindestlohns versucht man alle Minijobber und Jugendlichen an Bord zu holen und die Altersarmut bleibt auf einem gleich schlechten Niveau, anstatt sich zu verschärfen.

## Keinen Honig ums Maul schmieren lassen!

Dass wir uns aus den Parlamentsgebäuden keine konsequente Positionierung gegen Krieg und Aufrüstung erhoffen können, haben die letzten Jahre zur Genüge bewiesen. Die gesamte Bandbreite der bürgerlichen Parteien ist auf den Aufrüstungszug aufgesprungen. Selbst ehemalige Antikriegsparteien wie Die Linke haben im Laufe der weltweiten Kriegsvorbereitungen ihre ursprünglichen Positionen zur Auflösung des NATO-Kriegsbündnisses und der Abrüstung Deutschlands aufgeweicht.

Mit den zugespitzten Verhältnissen zwischen den großen Weltmächten wird die Kriegspolitik nur immer größere Dimensionen annehmen und in gleicher Weise werden sich die Angriffe auf uns Arbeiter:innen verschärfen. Doch weder dürfen wir angesichts der drohenden imperialistischen Kriege den Kopf in den Sand stecken, noch uns von den mickrigen Zugeständnissen der Herrschenden Honig ums Maul schmieren lassen. Unsere Aufgabe muss es sein, die Stimmen der Kriegstreiber zu übertönen und uns nicht mit einzelnen Bonbons zufrieden zu geben.

Was es braucht, ist Widerstand auf der Straße, in den Betrieben, Schulen und Universitäten. Denn den Krieg verhindern kann nur unser entschlossener Widerstand als Klasse. Wie einst die deutsche Kommunistin Rosa Luxemburg sagte: „Solange das Kapital herrscht, werden Rüstungen und Kriege nicht aufhören.“



Foto: Michael Brandtner ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Globaler\\_Klimastreik\\_2023\\_in\\_Kiel\\_-\\_Militärische\\_Zeitenwende.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Globaler_Klimastreik_2023_in_Kiel_-_Militärische_Zeitenwende.jpg)), <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode>

# Internationale Klassenkämpfe: Die Geschichte ist nicht zu Ende

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des sogenannten „Kalten Krieges“ wurde uns von bürgerlicher Seite weiß gemacht, wir würden am „Ende der Geschichte“ leben. Der Kapitalismus hätte gesiegt, der Sozialismus sei endgültig diskreditiert. Dass wir keineswegs an einem „Ende“ der menschlichen Geschichte angelangt sind, wird immer mehr Menschen Tag für Tag klarer. Ein von inneren Krisen zerrüttetes kapitalistisches System überbietet sich täglich mit neuen Katastrophen. Doch was auch nicht ausbleibt, ist der Widerstand der Unterdrückten. - Ein Kommentar von Phillipp Nazarenko.

Die politische und wirtschaftliche Lage in Deutschland entwickelt sich angesichts der vielen Krisen schnell und nur schwer vorhersehbar. Hierzulande können wir bemerken, dass von der alten Stabilität nur noch wenig übrig ist. Gerade jetzt lohnt es sich, einen Blick auch auf andere Länder zu werfen. Schließlich ist Deutschland keine isolierte Insel, die sich vor internationalen Entwicklungen verschließen kann. In vielerlei Hinsicht kann dieser Blick „nach außen“ uns helfen, Mut für kommende Kämpfe zu sammeln.

## Zahlreiche Massenaufstände

Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama sagte 1992 angesichts des Zusammenbruchs der Sowjetunion und des Ostblocks, dass das „Ende der Geschichte“ erreicht sei. Schon zum damaligen Zeitpunkt war die Aussage falsch.

Besonders in den letzten Jahren dürfte es schwerfallen, die internationalen Entwicklungen als eine Entwicklung hin zu einem stabilen Kapitalismus umzudeuten. So gibt es viele Länder, vor allem außerhalb imperialistischer Zentren wie den USA und Westeuropa, die massenhafte Aufstände erlebt haben. So manch ein rechtes und neoliberales Regime wurde in den letzten Jahren durch Kämpfe von Arbeiter:innen und Unterdrückten zu Fall gebracht.

Ob das nun die Regierungen in Bangladesch oder Sri Lanka waren, in denen demokratisch orientierte Massenbewegungen diese zwar stürzten, es aber versäumten, ein neues, gerechteres System zu etablieren. Oder ob es sich um den Sturz von reaktionären Regimes wie dem von Assad in Syrien oder der US-Besatzung in Afghanistan handelt, welche in erster Linie durch ebenso reaktionäre Milizen angeführt wurden, welche nun die Bevölkerung von neuem terrorisieren. Es zeigt sich, weltweit können

die herrschenden Kapitalist:innen und ihre Regimes vielfach immer schlechter weitermachen als zuvor. Auch wenn nicht immer jede Massenbewegung fortschrittlich ist: Stabilität und Friedhofsruhe sehen anders aus, und auf Angriffe von oben folgen prompt Reaktionen. Hierzu wollen wir ein paar Mut machende Beispiele in den Fokus rücken.

## Griechenland – ein Herd des Widerstands in Südeuropa

Griechenland ist eines der EU-Länder, welches besonders unter den Krisen des kapitalistischen Systems zu leiden hat. Fremdbestimmung durch die Troika im Rahmen der Weltwirtschaftskrise 2008, Ausverkauf der Infrastruktur und Wirtschaft des Landes an Monopole und Staaten wie Deutschland, maximale Sparprogramme, die vor allem die arbeitenden Bevölkerung, die Armen, die Alten und die Jugend treffen. Schon seit längerem wird das Land am Mittelmeer von heftigen Klassenkämpfen erschüttert. Die arbeitende und studierende Jugend steht an der Spitze der Kämpfe. Beispiele hierfür waren die lang anhaltenden und militanten Proteste und Universitätsbesetzungen, welche sich in den letzten zwei Jahren gegen die Privatisierung der Universitäten und der Einführung einer Campus-Polizei richteten.

Auch der Generalstreik Anfang März, bei dem mit über einer Million Menschen mehr als ein Zehntel der Bevölkerung Griechenlands teilnahm, richtete sich zunehmend gegen das korrupte System als solches. Das durch die massiven Sparmaßnahmen hervorgerufene Zugunglück in Tempi, aber auch die versuchte Vertuschung der Korruption, die diesen mörderischen Unfall mitverursachte, waren hierbei der Funken, an dem sich massenhafter Widerstand der griechischen Bevölkerung entflammte.

## Argentinien – autoritärer Staatumbau und Sparpolitik bleiben nicht unwidersprochen

Für den als „verrückten Anarcho-Kapitalisten mit der Kettensäge“ bekannten Präsidenten Argentiniens, Javier Milei und seine gut betuchten Unterstützer:innen hat der komplette Abbau jeglicher sozialer Unterstützungsnetze und Hilfsstrukturen im Land, der Ausverkauf des Staatseigentums, die Militarisierung und die Abschaffung der sozialen und demokratischen Rechte höchste Priorität.

Aktuell stürzen die Renten massiv ein, was die Rentner:innen auf die Straße treibt. Ihr gerechter Widerstand wird vom Staat mit Tränengas, Knüppeln und Gummigeschossen beantwortet. Die grassierende Armut und der aufkommende Hunger treiben massenhaft Menschen auf die Straße. Als Mileis Regierung die Lieferungen für die 40 000 Suppenküchen des Landes strich, brachte das das Fass zum Überlaufen und landesweite Proteste erschütterten das Land. Gegenwärtig ist die Situation von einem immer wiederkehrenden Ausnahmezustand gekennzeichnet, und während die Regierung weiter an Sozialem spart und gleichzeitig aufrüstet, organisieren sich die Arbeiter:innen und Unterdrückten Argentiniens zum Widerstand.

## Serbien – wo ein marodes Dach den Staat zum Wanken bringt

Ein Land, welches erst seit kurzem durch massive Proteste von sich reden macht ist Serbien. Auslöser für die seit langem größten Massenproteste mit mehreren hunderttausend Menschen war das Einstürzen eines maroden Dachs an einem Bahnhof in Novi Sad, bei dem fünfzehn Menschen starben. Nun legen die Protestierenden dem Staat und der Regierung ihre Korruption als Ursache

für die maroden Zustände der Infrastruktur zur Last. Angeführt von den Studierenden der Hauptstadt, welche ebenfalls das Mittel der Universitätsbesetzung anwenden, bringen die gesellschaftlichen Widersprüche massenhaft Menschen auf die Straße. Die Antwort des Staates: Einschüchterung und Gewalt. Auch hier zeichnet sich ein entsprechendes Bild ab, bei dem die zunehmenden Einschnitte in das Leben der Massen durch kapitalistische Profitgier und staatliche Repression eine kämpferische Gegenantwort provoziert.

## Die Welt steht nicht still – doch in welche Richtung geht es?

Die Beispiele belegen allesamt, dass die Arbeiter:innen international fähig sind, Widerstand gegen die Angriffe von oben auf ihr Leben und ihre Rechte zu leisten. Doch wohin führt dieser Widerstand? Bisher werden im besten Fall nur Regierungen gestürzt, oder es werden temporäre Zugeständnisse wie das Zurücknehmen eines unbeliebten Gesetzes erkämpft. All das ist bewundernswert und verdient unsere Unterstützung.

Doch die Frage bleibt: Wenn das kapitalistische System diese Krisen selbst hervorbringt, was braucht es, um es endgültig auf den Müllhaufen der Geschichte zu schmeißen? Es braucht ein klares Ziel vor Augen, eine klare Strategie, die die Macht der Unterdrückten und der Werktätigen in der Gesellschaft hin zu einem gemeinsamen Ziel bündelt – historisch vermochte das bisher nur der Sozialismus. In Anbetracht dessen was der Kapitalismus uns tagtäglich bietet, beweist sich die Notwendigkeit des Sozialismus wieder einmal von Neuem.

# Militärische Aufrüstung: Alle gegen alle?!

Die Lage für die Ukraine hat sich mit dem Amtsantritt der neuen US-Regierung zugespitzt. Diese will einen Waffenstillstand auch gegen den Willen Kiews durchsetzen, um wieder ungehindert Geschäfte mit Russland machen zu können. Die Entfernung der USA von den europäischen Ländern droht daneben die Widersprüche zwischen Deutschland, England und Frankreich neu anzufachen. Ein Überblick über die neue geostrategische Lage von Ahmad Al-Balah.

„You don't have the cards right now“ – diese Worte des US-Präsidenten Donald Trumps gegenüber des ukrainischen Präsidenten Selenskyj gingen um die Welt. Tatsächlich hat die Ukraine derzeit kaum Handlungsoptionen. Das Land ist abhängig von der Unterstützung aus den USA, aber auch aus Europa.

Die Abhängigkeiten sind klar: Wie das Kieler Institut für Weltwirtschaft auswertet, hat Europa (die EU plus Großbritannien, Norwegen, Island und die Schweiz) der Ukraine in den drei Kriegsjahren insgesamt 132 Milliarden Euro bereitgestellt. Demgegenüber stehen umgerechnet 114 Milliarden Euro an Kriegshilfen aus den USA allein. Die USA waren über den gesamten Kriegszeitraum der wichtigste Einzelunterstützerstaat für die Ukraine. Daher verwundert es auch nicht, dass sie es sind, die sich nun das Recht herausnehmen, allein mit Putin über die Zukunft der Ukraine zu verhandeln.

Russland wird aller Voraussicht nach sein Kriegsziel erreichen und die Ostukraine unter seine Kontrolle bringen sowie die Krim behalten. Auch die Integration der Ukraine in den westlichen Block (falls es einen solchen überhaupt noch gibt) wurde verhindert.

Nachdem die Amerikaner ursprünglich 350 Milliarden Dollar von der Ukraine als Gegenleistung gefordert hatten, einigten sie sich nun auf eine undurchsichtige Vereinbarung über einen gemeinsamen staatlichen Fonds zur Erschließung ukrainischer Bodenschätze. Dabei ist unklar, ob Amerika im Gegenzug Sicherheitsgarantien anbieten wird.

Die großen europäischen Staaten hätten einen ähnlichen Schachzug ihrerseits nicht ohne Weiteres unternehmen können. Einerseits, weil sie untereinander konkurrierende Interessen haben. Andererseits, weil sie (allen voran Deutschland) in eigener Abhängigkeit zu den USA und deren

Verteidigungsgarantie stehen – oder standen. Die Bündnistreue gegenüber den NATO-Partnern scheint Donald Trump aber gerade mitsamt dem Konzept der liberalen Demokratie über Bord zu werfen.

## Die neue Weltordnung

Die kapitalfreundliche britische Zeitung „The Economist“ warnt vor dem Zerfall der transatlantischen Nachkriegsordnung mit den USA an der Spitze. Die USA gehen unter Trump radikale Schritte, die sie zuvor nur vorsichtig diskutiert hatten.

Dass sich die USA auf den Pazifik und das Duell mit China fokussieren, ist schon seit Jahren das leitende Motiv der US-Geostrategie. Das Ende der Ära der USA als „Weltpolizist“ wurde ebenfalls bereits unter Obama eingeleitet. Dass es für die USA nebenbei gilt, auch die Konkurrenten der zweiten Riege (wie Russland und Deutschland) in Schach zu halten, ist ebenfalls bekannt.

Was neu ist, ist die offen radikale Außenpolitik der USA, die keinerlei Anstalten mehr macht, sich auf liberal-demokratische Werte zu berufen wie in den letzten 80 Jahren. Diese hatte der US-Imperialismus ohnehin nur als Feigenblatt verwendet, um vorteilhafte Bündnis- und Geschäftsbeziehungen aufzubauen und sich abtrünnige Länder zu unterwerfen. Jetzt werfen die USA die bisherigen Bündnisbeziehungen auf der Welt über den Haufen, schmieden ohne Feigenblätter auf eigene Faust neue Allianzen und setzen dabei konsequent auf das Recht des Stärkeren. Damit schalten die USA in gewisser Weise als erste liberale Demokratie in eine Art Vorkriegsmodus.

## Nur nicht zu spät kommen – Deutschland will der Nächste sein

Das Loslösen vom veralteten Korsett der transatlantischen und vermeintlich „werteorientierten“ Geostrategie

ermöglicht neue Wege. So schließen die USA ohne Umschweife Geschäfte mit Russland, Saudi-Arabien, Israel, taiwanesischen Führungskräften und der Ukraine über „Ölförderung, Bauverträge, Sanktionen, Intel-Fabriken, die Nutzung von Elon Musks Satellitendienst Starlink und ein Golfturnier in der Wüste“, wie der „Economist“ schreibt.

Inwiefern diese auf kurzfristigen Eigennutz ausgerichtete Strategie auf längere Sicht aufgehen wird, erscheint fraglich. Ehemalige Bündnispartner der USA wie Kanada, Mexiko, Südkorea und die EU suchen derweil eigene Wege, um ihre Macht und ihren Wohlstand zu beschützen bzw. wenn möglich auszubauen.

## Alle gegen alle

Die europäischen Staaten sind plötzlich auf sich selbst gestellt. Doch Deutschland und Europa (die EU plus Großbritannien) stehen anders als der Ukraine noch Handlungsoptionen offen. Das zeigte sich zum einen in der geschlossenen Reaktion der EU auf die US-Zölle, zum anderen in der europäischen Antwort auf den Rückzieher der USA aus dessen ehemaligem Sicherheitsversprechen für Europa.

Die Trumpsche Verschärfung der US-Außenpolitik zieht nun also eine Kettenreaktion nach sich. Die EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen stellte in ihrem „ReArm Europe“-Plan 800 Milliarden Euro für ein umfassendes Verteidigungspaket in Aussicht. Außerdem werden Töpfe umgewidmet: Von regionaler Entwicklung hin zu Straßensanierung für das militäristische „Drehkreuz Deutschland“.

Diejenigen in Politik und Wirtschaft, die über Deutschlands Kurs entscheiden, nehmen nun nochmal eine deutliche Tempoverschärfung vor. Die „Zeitenwende“ hat sich konkretisiert zu „Whatever it takes“: Ein Aussetzen der Schuldenbremse für die unbelagte Militarisierung Deutschlands



plus 500 Milliarden-Sondervermögen für die Instandsetzung der Infrastruktur.

## Verschiedene Szenarien

Doch klar ist auch: Das Auseinanderdriften zwischen den USA und den europäischen Mächten stellt das fragile Bündnisgeflecht Deutschlands infrage. Die innereuropäische Konkurrenz ist deutlich sichtbar. Deutschland zieht beim Vorstoß zur europäischen Strategie für die Ukraine, der „Koalition der Willigen“, kaum mit. Man möchte sich nicht festlegen. Zu wenig Truppen stehen bereit, um ohne die USA in die Ukraine zu ziehen, heißt es aus Berlin.

Einigen Akteur:innen in Europa ist klar, dass sie in einer Welt, in der sie nicht auf die Unterstützung der USA zählen können, zusammenarbeiten müssen, um zu bestehen. Die Aufrüstung der EU bis hin zu einer eigenen europäischen Armee wäre eine Antwort. Frankreich strebt dies an, aber mit dem Ziel, diese unter die eigene Hegemonie zu stellen. Das hieße allerdings für Deutschland, die Entscheidungsgewalt über die Bundeswehr und damit auch die eigenständige Geostrategie zu großen Teilen abzutreten – was realistischerweise nicht eintreten wird.

Unleugbar steht bereits konkret die Rolle der NATO beziehungsweise die NATO selbst in Frage. Wenn der neue Generalsekretär Mark Rutte im Oval Office beispielsweise nicht einschreitet, wenn Donald Trump neben ihm offen über die Annexion Grönlands oder Kanadas spricht, wird das „Sicherheitsbündnis“ zur Farce. Damit sinkt auch die Abschreckungsgefahr nach außen.

Gleichzeitig sind für Deutschland zurzeit keine anderen Bündnispartner in Sicht. Russland ist noch immer der erklärte Feind, gegen den man bis 2029 kriegsfähig sein will. Gegen China wurde den USA folgend jahrelang eine feindliche Stimmung auf-



gebaut. Doch noch hat Deutschland keinen Druck, sich entscheiden zu müssen. Die Priorität besteht aktuell im Aufbau eigener militärischer Kapazitäten. Damit wird der Boden bereitet für nächste Schritte. In welche Richtung diese gehen werden, das

werden die Damen und Herren der Bundeswehr und der deutschen Monopole entscheiden, wenn die Armee kriegstüchtig ist.

### Den Kriegsvorbereitungen etwas entgegensetzen!

Aus unserem Land, unseren Ressourcen und unserer Arbeit dieses Kriegsvorbereitung zu finanzieren, dürfen wir den Kriegstreiber:innen nicht durchgehen lassen. Dabei geht es um Politiker:innen, die nach der Wahl ihre Versprechen ändern wie die CDU die Schuldenbremse. Oder die neue Regierungskoalition aus SPD und Union, die parlamentarische Mehrheiten von vor vier Jahren in Form der Grünen benutzen, um möglichst unkompliziert eine Verfassungsänderung durchzuführen.

Als einfache Arbeiter:innen in Deutschland haben wir dadurch nichts zu gewinnen. Unser Leben

wird bereits jetzt von Tag zu Tag schlechter. Auch ehemals Bessergestellten des sogenannten Mittelstands oder Intellektuellen muss dieser Kriegskurs übel aufschlagen. Wenn man der Analyse folgt, dann muss jetzt die Zeit sein für antimilitaristischen Widerstand.

Den Kriegstreiber:innen darf keine freie Minute gegeben werden, denn dann schreitet ihre Kriegsvorbereitung ungehindert voran und zieht sogar noch die Mehrheit der Gesellschaft mit sich.

Die antimilitaristische Bewegung beginnt sich nach jahrzehntelangem Stillstand und Rückgang wieder zu formieren. Ein Begrenzen auf die pazifistischen Ostermärsche kann nicht reichen. Mit Ausbruch des Ukraine-Kriegs sahen wir zunächst starken Protest in Solidarität mit der Ukraine und natürlich abstrakt für den Frieden. Doch wenn wir heute sehen, wie

der deutsche Staat unter dem Vorwand, der Ukraine Frieden zu bringen oder uns gegen Russland zu verteidigen, aufrüstet, dann dürfen wir auch dort nicht stehenbleiben bzw. mitmarschieren.

Spätestens mit dem Aussetzen der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben ist auch Deutschland zu direkten Kriegsvorbereitungen übergegangen. Wir müssen sie davon abhalten! Bislang ist es beispielsweise das Wissen der Herrschenden über die strikte Ablehnung der deutschen Bevölkerung gegenüber einer Wehrpflicht, das sie davon abhält, diese durchzusetzen.

Sorgen wir dafür, dass zur Verweigerung der Wehrpflicht auch eine Ablehnung des Kriegskurses, der Kriegsrhetorik und der Kriegsindustrie hinzukommt!

## Atommacht zu „Friedenszwecken“?

Parallel zur Tempoverschärfung im Aufbau der eigenen militärischen Kapazitäten drängt sich eine Frage auf, die wie keine andere über allem anderen zu stehen scheint. Was ist die Bedeutung von Atomwaffen heute und warum wird auch Deutschland früher oder später auf ihren Besitz drängen?

„Gleichgewicht des Schreckens“, so wird der Effekt atomarer Abschreckung bezeichnet. Konkret bedeutet das: Keine Atommacht würde eine andere direkt angreifen. Begründet wird dies mit der atomaren Zweitschlagfähigkeit, also der Fähigkeit eines Staates, nach einem gegnerischen Atomangriff mit einem eigenen Nuklearangriff zu reagieren. Ein Atombombenangriff bietet in diesem Patt keine Garantie für einen Sieg.

Fast jede Großmacht der Welt besitzt daher Atomwaffen: Russland 5.580, die USA 5.044, China 500, Frankreich 290, Großbritannien 225, Indien 172, Pakistan 170, Israel 90 und Nordkorea 50 (Statistisches Bundesamt, 2024). Deutschland stand dabei bislang unter dem Nuklearschirm der USA, die Atomwaffen im rheinland-pfälzischen Büchel stationiert haben. Doch diese Sicherheit neigt sich dem Ende. Höchste Zeit also für die Kriegstreiber:innen hierzulande, die Debatte über die nukleare Bewaffnung voran zu treiben.

### Die Regeln der Welt: Deutschland muss am Atomspiel teilnehmen

Bereits vor acht Jahren hielt Rainer Moormann, ehemaliger Mitarbeiter des Jülich Research Centers, einen

Vortrag zu diesem Thema: Die erforderliche Menge für eigene Atom Sprengköpfe ließe sich „in drei bis fünf Jahren“ herstellen. Diese könnte man z. B. mit Taurus-Marschflugkörpern verschießen.

Laut Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) dreht sich die Debatte jedoch lediglich um „nukleare Teilhabe“, erklärte er gegenüber dem Deutschlandfunk. Die Kapazitäten Frankreichs und Großbritanniens würden als „Ergänzung“ zu dem atomaren US-Schutzschirm vorerst genügen.

Doch das ist nur der technische Aspekt. Als Unterzeichner des Nichtverbreitungsvertrags (NVV) ist Deutschland völkerrechtlich gebunden, keine Atomwaffen zu entwickeln. Dies wird unter anderem dem Iran vorgehalten. Problem eins ist also: Sollte Berlin zur Bombe greifen, könnten andere Mächte nachziehen. Auch Polen und Finnland haben bereits Interesse angekündigt.

Das zweite Problem drängt sich noch unmittelbarer auf: Deutschland hat sich im 2+4-Vertrag von 1990 verpflichtet, auf Atomwaffen zu verzichten. Ein deutsches Atomprogramm würden sich die Vertragspartner nicht ohne Weiteres gefallen lassen. Großbritannien und Frankreich werden Deutschland mit allen Mitteln drän-

gen, sich dem europäischen Schirm unterzuordnen. Russland sähe das als nächsten Schritt zur Kriegsvorbereitung und könnte versuchen, das Programm rechtzeitig zu unterbinden. Und wenn sich die US-Regierung den deutschen Atomplänen widersetzt, könnten Personen und Firmen, die am Projekt beteiligt sind, mit empfindlichen Sanktionen rechnen. Der Iran lässt grüßen. Auch ein „Deal“ mit Präsident Trump würde Deutschland teuer zu stehen kommen.

### Der atomare Frieden bröckelt

Hinzu kommt: Die Logik der gegenseitigen Abschreckung wurde in der relativ übersichtlichen weltpolitischen Lage während des Kalten Krieges, mit zwei verfeindeten Blöcken, entwickelt.

Je mehr Länder sich aber atomar bewaffnen, desto mehr steht diese Logik infrage. Zudem lässt sich einwenden, dass eine Atommacht eine andere dennoch konventionell angreifen könnte. Dies stellt eine angegriffene Atommacht noch immer vor die Frage, ob es militärisch sinnvoll ist, die Atomwaffe gegen den Angreifer einzusetzen.

Auch mit taktischen Atomwaffen

ist diese Frage ungelöst. Taktische Atombomben sind präzisere Nuklearwaffen, die für den Einsatz auf dem Schlachtfeld konzipiert sind, um spezifische militärische Ziele zu treffen, anstatt großflächige Zerstörung anzurichten. Sie könnten zum Einsatz kommen, um in einem begrenzten Konflikt strategische Vorteile zu erzielen. Ihre Abschreckungswirkung ist größer, da ihr Einsatz wahrscheinlicher ist.

Können uns Atomwaffen also Frieden gewährleisten? Die Antwort lautet natürlich: Nein. Keine Waffe kann den Frieden bringen und eine Welt, die darauf basiert, kann keine gerechte sein. Eine kapitalistische Welt, die auf Konkurrenz und Unterdrückung basiert, umso weniger. Eine gerechte Welt braucht keine Atomwaffen.

In der deutschen Debatte läuft so einiges gehörig falsch. Erst heißt es in Bezug auf die Ukraine: Frieden durch Krieg. Nun heißt es: Frieden durch Atombomben? Wer meint, das klingt plausibel, der oder die sollte sich die zweihunderttausend ermordeten Menschen in Hiroshima und Nagasaki vor fast 80 Jahren vor Augen führen.

# „Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam!“

Vor 50 Jahren endete der Vietnam-Krieg. Bis heute bleibt es inspirierend, zu sehen, wie das Volk eines kleinen, armen Landes eine Weltmacht besiegte und die weltweiten Proteste gegen den Krieg der USA zur Politisierung einer ganzen Generation führen konnten. - Ein Kommentar von Andreas Becker.

Vietnam wurde im Verlauf des 19. Jahrhunderts wie andere süd-ostasiatische Gebiete von Frankreich erobert und kolonisiert. Die französischen Kolonialherren errichteten eine Plantagenwirtschaft, die dem vietnamesischen Volk Hunger, Ausbeutung und Unterdrückung bescherte. Aufbrandende Aufstände gegen die Ausbeutung wurden niedergeschlagen. Bis heute dokumentieren Fotos, auf denen französische Kolonialherren lachend mit den abgetrennten Köpfen vietnamesischer Freiheitskämpfer posieren, ihre Brutalität.

Die Entwicklung des späteren vietnamesischen Revolutionsführers Hồ Chí Minh steht stellvertretend für die vieler vietnamesischer Freiheitskämpfer jener Zeit. Hồ hatte Vietnam verlassen und versucht, moralisch an die Imperialisten zu argumentieren. Auf der Versailler Konferenz zur Neuaufeilung der Welt nach dem Ersten Weltkrieg forderte er, die von den USA proklamierten Werte wie Freiheit und Selbstbestimmung auch für die kolonialisierten Völker zu gewähren. Dass seine Aufrufe ignoriert wurden, führte ihn zum Kommunismus. Besonders die Theorien von Lenin leuchteten ihm ein, da sie den Imperialismus nicht als falsche oder unmoralische politische Entscheidung erklärten, sondern als notwendige Folge des Kapitalismus. Mit dieser Einsicht begann eine Entwicklung, die in der Gründung der Kommunistischen Partei Vietnams, welche später die Unabhängigkeit erkämpfte, mündete.

## Der Beginn des Unabhängigkeitskampfes

Während des Zweiten Weltkriegs besetzte Japan Vietnam. In diesem Moment rief die Kommunistische Partei erst den bewaffneten Kampf aus und gründete die Viet Minh (Liga für die Unabhängigkeit Vietnams) welche alle ernsthaft für die Unabhängigkeit kämpfenden Kräfte vereinte. Die Viet Minh riefen nach dem gewonnenen Krieg die „Demokratische Republik Vietnam“ aus. Auch Frankreich, das seine Kolonie zurückerobern wollte, konnte von den Viet Minh besiegt werden. Die USA teilten daraufhin das Land in den sozialistischen Norden und ein von ihnen kontrolliertes Regime im Süden. Als klar war, dass

die USA eine in Aussicht gestellte Abstimmung zur Wiedervereinigung nicht durchführen würden, begannen Kommunist:innen in Süd-Vietnam einen Guerillakrieg. Die USA antworteten mit einer Invasion des Südens und führten den Krieg als Terror gegen die Bevölkerung. Sie warfen mehr Bomben auf Vietnam als alle Staaten im Zweiten Weltkrieg zusammen genommen einsetzten, verbrannten mit Napalm Menschen bei lebendigen Leib, vergifteten Vietnam mit dem chemischen Kampfmittel „Agent Orange“ und wendeten mit dem „Phoenix-Programm“ brutale Foltermethoden gegen Zivilist:innen an. Trotzdem gelang es den unbeugsamen Viet Minh, später bekannt als Viet Cong, die riesige amerikanische Übermacht so unter Druck zu setzen, dass sie sich nach Friedensverhandlungen aus dem Land zurückzogen und der Norden den Süden Vietnams einnehmen konnte.

## Protest gegen den Krieg

Die Aufnahmen der völkermörderischen amerikanischen Kriegsführung wurde über die zur gleichen Zeit populär werdenden Fernseher überall auf der Welt ausgestrahlt. Dies führte zu einer riesigen Bewegung gegen den Vietnamkrieg. Diese waren in ihrer Form und in der Art und Weise ihres Protests sehr unterschiedlich, von religiös bis sozialistisch, von friedlich bis militant. Besonders konsequent war der sozialistische Teil der Bewegung, da dieser verstanden hat-

te, dass der Sieg der vietnamesischen Revolution die Kampfbedingung für alle Menschen auf der Welt, die für ein Ende von Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen, verbessern würde. Daher kämpften Sozialist:innen nicht bloß für ein Ende des Krieges, sondern für den Sieg der Viet Cong.

Vor allem in den USA selbst nahmen die Proteste vorher nicht gekannte Ausmaße an. So stellte sich die schwarze Bürgerrechtsbewegung gegen den Krieg, da sie mit eigenen Augen sah, dass der amerikanische Staat nicht nur Schwarze in den USA unterdrückt, sondern sie gleichzeitig als Kanonenfutter nutzen will, um Menschen auf der ganzen Welt zu unterdrücken. Ein wichtiger Teil der Bewegung waren außerdem die „Vietnam Veterans Against the War“, welche Kriegsveteranen organisierte, die sich gegen den Krieg stellten. Auf Demonstrationen verbrannten sie zum Beispiel die Orden, mit denen sie militärisch ausgezeichnet wurden. Auch Studierende spielten eine große Rolle. Sie organisierten Demonstrationen, Boykotte oder blockierten ihre Universitäten, sie bildeten sich aber auch weiter und viele fanden wie Hồ Chí Minh vor ihnen den Weg zum Sozialismus. Der Staat antwortete mit brutaler Gewalt, beim „Kent State Massaker“ ermordete die amerikanische Nationalgarde vier Studierende. Auch in Deutschland gab es wie überall auf der Welt ähnliche Proteste.

## Inspiration für die Unterdrückten auf der ganzen Welt

Schon der erste Sieg der vietnamesischen Kommunist:innen über Frankreich wurde zu einem Anziehungspunkt für Antiimperialist:innen auf der ganzen Welt, besonders in anderen besetzten Ländern wurde dieser Sieg über eine europäische Kolonialmacht zu einem Vorbild. Dies verstärkte sich noch während des Krieges gegen die USA. Besonders in abhängigen und kolonial unterdrückten Ländern war es sehr inspirierend, dass das Volk eines kleinen armen Landes der Weltmacht Nummer eins standhalten kann.

Che Guevara brachte die Haltung von Sozialist:innen in einer Rede in Havanna auf den Punkt. Dort rief er mit seinem berühmten Ausspruch „Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam“ dazu auf, selber den Kampf gegen den Imperialismus aufzunehmen und so die reaktionären Kräfte auf der Welt mehrfach herauszufordern und zu überlasten. Jede sozialistische Revolution, so die Logik, verbessert die Bedingungen für die nächste. Eine ganze Generation von Sozialist:innen versuchte dies in die Tat umzusetzen.

Die Bilder davon, wie vor 50 Jahren die vietnamesischen Kommunist:innen siegten und die Amerikaner und ihre Lakaien panisch aus dem Land flohen, sind heute noch genau so eindrucksvoll wie damals. Heute kann es dank High-Tech-Waffen wie Drohnen und KI-gesteuerten Waffen so wirken, als wäre es unmöglich, einen Krieg gegen einen imperialistischen Staat zu gewinnen. Doch die USA, die damals in Vietnam gekämpft hat, waren auch extrem hochgerüstet und, anders als heute sogar zu jeder Zeit „weltkriegsbereit“. Besonders die jahrzehntelange Standhaftigkeit und das Siegesbewusstsein ist also etwas, das wir heute noch aus dem Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes lernen können.



Foto: David Wilson ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:19680810\\_20\\_Anti-War\\_March.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:19680810_20_Anti-War_March.jpg)), „19680810 20 Anti-War March“, <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/legalcode>

# Faschistische Gewalt auf dem Vormarsch – was können wir dagegen tun?

In den letzten Monaten und Jahren mussten wir einen Anstieg der von Faschist:innen ausgehenden Gewalt erleben. Gerade in letzter Zeit häufen sich wieder brutale Angriffe. Ziele sind neben Geflüchtetenunterkünften und Migrant:innen auch immer häufiger Antifaschist:innen, Jugendzentren und linke Projekte. – Ein Kommentar von Nadia Schuhmann.

Bis Ende November wurden im Jahr 2024 etwa 34.000 politisch motivierte Straftaten im Bereich „rechts“ bei den Behörden verzeichnet. Das ist ein Anstieg von über 17% im Vergleich zum Vorjahr und der höchste Wert seit Beginn der Statistik im Jahr 2001.

Die Zahl der als Gewaltdelikte kategorisierten Taten liegt bei 1136. Die Dunkelziffer dürfte dabei deutlich höher liegen, da in den offiziellen Statistiken nur Fälle gezählt werden, die bei der Polizei angezeigt und von denen auch als politisch rechts motiviert anerkannt wurden, was immer wieder trotz offensichtlich politischer Motivation nicht passiert. Das führt zu einer Verharmlosung und Kaschierung der Gefahr, die von Faschist:innen alltäglich für viele Menschen in diesem Land ausgeht.

## Zahlreiche Angriffe in letzter Zeit

Letztes Jahr am 6. Juli griffen 15 bis 20 Nazis, welche Antifaschist:innen und die Polizei dem Umfeld der Nationalrevolutionären Jugend (NRJ) zuordnen, am Bahnhof Ostkreuz in Berlin eine Gruppe von ca. 30 Antifaschist:innen an, die sich dort getroffen hatten, um gemeinsam zu einer Demonstration anzureisen. Mehrere von ihnen wurden bei dem Angriff zum Teil schwer verletzt. In der Nacht auf den 16. Februar dieses Jahres griffen mehrere Faschist:innen das Autonome Zentrum in Salzwedel an, am 1. März attackierten zwischen 30 und 40 vermummte Personen den Jugendclub Jamm in Senftenberg, Brandenburg mit Steinen und versuchten erfolglos in das Gebäude einzudringen. In den Tagen und Wochen nach dem islamisch-fundamentalistisch motivierten Anschlag in Magdeburg wurden in der Stadt immer wieder Migrant:innen wahllos angegriffen, bedroht und beleidigt.

Auch Gewalt gegen Einzelpersonen oder Personengruppen, die als Antifaschist:innen identifizierbar waren, gab es in den vergangenen Monaten immer häufiger. Insgesamt zeugt das von einer erneut wachsenden Bereitschaft der Faschist:innen, mit dem

politischen Gegner wieder in direktere Konfrontation zu treten. Auch die Zahl der von Rechten und Nazis organisierten Demonstrationen hat beispielsweise im vergangenen Jahr deutlich zugenommen.

Zu weiteren direkten Angriffen aus der letzten Zeit gehören zum Beispiel der Angriff auf eine Geflüchtetenunterkunft in der Nacht vom 7. auf den 8. März in Stahnsdorf, Brandenburg, bei dem Nazis versuchten, in die Unterkunft einzudringen und einen Sicherheitsangestellten mit einem Messer verletzten. Die Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte sind im Jahr 2024 insgesamt angestiegen. Auch nicht zu vergessen sind die Demonstrationen und Angriffe von Nazis gegen CSDs und Pride-Paraden und die dortigen Teilnehmer:innen im letzten Jahr in verschiedensten Städten.

Wir sehen also insgesamt eine steigende Gewaltbereitschaft bei den Faschist:innen. Diese muss im Kontext der allgemeinen gesellschaftlichen Rechtsentwicklung betrachtet werden, die wir in den letzten Jahren beobachten konnten. Die AfD ist im Parlament stärker geworden, aber die faschistische Bewegung besteht nicht nur aus der AfD, sondern ist sehr viel breiter und diffuser als das und vor allem nicht auf das Parlament beschränkt. Im Gegenteil, so wie rechte Hetze wieder salonfähiger wird, so sind auch alle, die nicht in das Weltbild der Faschist:innen passen, häufiger auf der Straße, im Alltag, bei politischen Veranstaltungen mit Nazis konfrontiert und werden die Angriffe auf linke Projekte oder linke Zentren häufiger und gezielter.

## Gesellschaftliche Rechtsentwicklung

Was genau bedeutet nun aber gesellschaftliche Rechtsentwicklung? Die faschistische Bewegung hat auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges Kontinuität in Deutschland. Organisationen, Parteien, Netzwerke, Propagandaorgane etc. sind nicht erst gestern entstanden, sondern wurden über viele Jahrzehnte hinweg aufgebaut und vorbereitet. Hier muss dazu gesagt werden, dass die faschistische



Bewegung nicht ein monolithischer Block ist, sondern auch in ihr verschiedene Ansichten und Strömungen vertreten sind. Auch die Angriffe, die jetzt wieder häufiger stattfinden, von verschiedenen Teilen der Bewegung verübt werden.

In den letzten Jahren hat sich die politische und wirtschaftliche Situation zugespitzt, Kriege sind ausgebrochen oder neu aufgeflammt, die Preissteigerungen und Inflation ohne Anpassung der Löhne haben für viele Arbeiter:innen zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen geführt. Faschist:innen haben die daraus entstandene Verunsicherung und berechtigte Wut für ihre Hetze genutzt, um sie gegen Teile der Arbeiter:innenklasse selbst zu lenken, anstatt gegen die herrschende Klasse und das kapitalistische System, welches für die Kriege und die sich verschlechternden Lebensbedingungen verantwortlich ist. Und die verschiedenen Parteien im Bundestag sind gewissermaßen auf den Zug mit aufgesprungen und haben diese Situation genutzt und sich zum Beispiel in ihrer Abschiebepolitik immer weiter dem angenähert, was die AfD schon seit Jahren vertritt.

Der deutsche Staat und seine Institutionen gibt den Debatten über die Intensivierung von Abschiebungen und die vermehrte Hetzjagd gegen Antifaschist:innen weiteren Rückenwind. Das lässt auch die militanten Faschist:innen mutiger werden, die

dann der Hetze gegen Migrant:innen, LGBTI+ Personen, Frauen oder Antifaschist:innen Taten folgen lassen und Angriffe gegen ihre politischen Gegner ausführen.

## Was dagegen tun?

Der Kampf gegen den Faschismus kann nicht oder hauptsächlich im Parlament stattfinden, sondern muss vor allem in unserem Alltag, auf der Straße und um die Köpfe der Menschen stattfinden. Das kann aber nicht vereinzelt, sondern nur gemeinsam organisiert funktionieren.

Wie wir aktuell wieder aus erster Hand beobachten können, können wir uns im Kampf gegen das erneute Erstarken des Faschismus nicht auf den bürgerlichen Staat verlassen. Denn dieser wird im Kapitalismus immer wieder dafür sorgen, dass das Herrschaftssystem hin zum Faschismus umgebaut wird, als dass die bestehende Ordnung durch linke und revolutionäre Kräfte in Frage gestellt wird.

Unser Kampf gegen den Faschismus muss also mit einem Kampf gegen den Kapitalismus an sich verbunden sein. Und was jetzt notwendig wird, ist, gemeinsame Strukturen zu schaffen, die sich gegen die sich häufenden Angriffe wehren können und dem Erstarken des Faschismus den Aufbau einer klassenkämpferischen, antifaschistischen Bewegung entgegenstellen.

# Einstein: Ein Wissenschaftler gegen Krieg, Faschismus und für den Sozialismus

Am 18. April 1955 verstarb Albert Einstein in Princeton, USA. 70 Jahre nach seinem Tod lohnt es sich, nicht nur an seine bahnbrechenden wissenschaftlichen Leistungen zu erinnern, sondern auch an seinen unermüdlichen Einsatz gegen Krieg, Faschismus und soziale Ungerechtigkeit. Von Mussa Bah.

Ein Blick auf sein Leben zeigt: Einstein war mehr als ein genialer Physiker – er war ein Mensch mit fortschrittlicher Orientierung, der eine sozialistische Gesellschaft als Ausweg aus der kapitalistischen Krise sah.

Albert Einstein wurde am 14. März 1879 in Ulm in eine bürgerliche jüdische Familie geboren. Seine Schulzeit in München empfand er als bedrückend. Der von Militarismus und Obrigkeitdenken geprägte Unterricht des Kaiserreichs stieß ihn ab. Manche Lehrer fühlten sich von ihm provoziert, doch Einstein ließ sich nicht irritieren. Er suchte seinen eigenen Weg und studierte später am Polytechnikum in Zürich.

1905 veröffentlichte er fünf bahnbrechende wissenschaftliche Arbeiten, darunter seine spezielle Relativitätstheorie und seine Untersuchung des photoelektrischen Effekts. Für Letzteren erhielt er den Nobelpreis, da er einen der ersten experimentellen Nachweise für die Quantisierung von Licht lieferte.

Seine Relativitätstheorie veränderte das physikalische Weltbild grundlegend: Raum und Zeit sind nicht starr, sondern bilden eine dynamische Raumzeit. Einstein wurde dadurch zu einer der bekanntesten Naturwissenschaftler der Moderne, und seine Arbeit hat bis heute großen Einfluss auf Wissenschaft und Gesellschaft.

Einstein lehrte an der MASCH, einer von der KPD gegründeten Volkshochschule, und hielt den Vortrag „Was der Arbeiter von der Relativitätstheo-

rie wissen muss“. 1932 appellierte er für einen Zusammenschluss von SPD und KPD gegen den Faschismus. Er betonte, dass eine einheitliche Arbeiterfront nicht nur für den parlamentarischen Kampf, sondern auch für den weiteren Widerstand unabdingbar sei.

Sein konsequenter Antimilitarismus zog sich durch sein gesamtes Leben. 1932 schrieb er: „Wie gemein und verächtlich erscheint mir der Krieg; ich möchte mich lieber in Stücke schlagen lassen, als mich an einem so elenden Tun zu beteiligen!“

Im gleichen Jahr floh Einstein vor dem deutschen Faschismus in die

USA, nur ein Jahr vor der Machtergreifung der NSDAP. Die Tatsache, dass sich Einstein zeitlebens als Sozialist verstand und sich aktiv gegen Faschismus und Krieg engagierte, wird in bürgerlichen Medien bis heute meist verschwiegen. Dabei bezog er unmissverständlich Stellung: 1949 veröffentlichte er im unabhängigen Magazin „Monthly Review“ seinen Artikel „Why Socialism?“ Darin analysierte er die Krise seiner Zeit.

Einstein betonte, dass Menschen nicht aufgrund ihrer biologischen Natur dazu verdammt seien, einander zu vernichten oder einem selbst auferlegten Schicksal hilflos ausgesetzt zu sein. Er stellte fest, dass das

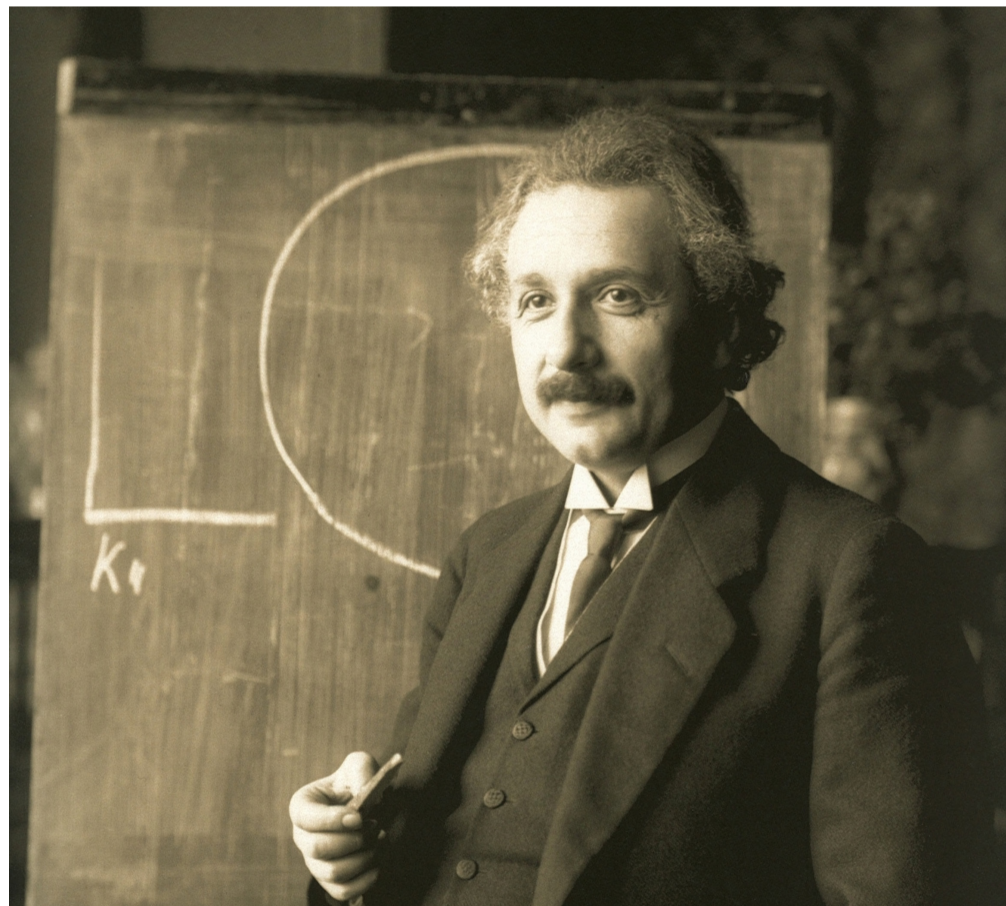
kapitalistische System die Menschen isoliert, Angst und Konkurrenz verstärkt und soziale Triebe schwächt:

„Die ökonomische Anarchie der kapitalistischen Gesellschaft heute ist meiner Meinung nach die eigentliche Ursache des Übels.“

Seine Überzeugung war klar: Um die Missstände zu beseitigen, sei ein „sozialistisches Wirtschaftssystem“ notwendig, begleitet von einem „Bildungssystem, das sich an sozialen Zielsetzungen orientiert“.

Einstein setzte sich auch aktiv für die Rechte von Frauen, Homosexuellen und Schwarzen ein. Er sprach sich für legale Abtreibungen und ein Ende der strafrechtlichen Verfolgung von Homosexuellen aus. In einer Rede an der Lincoln Universität prangerte er die Rassendiskriminierung in den USA an: „Das Ideal der Menschenwürde ist in Amerika vorwiegend auf Weiße bezogen.“ In Privilegien, die aus Stellung und Besitz erwachsen, sah er eine große Ungerechtigkeit und lehnte zudem jeglichen Personenkult strikt ab.

Am 70. Todestag Einsteins ist sein Vermächtnis aktueller denn je. Die Welt steht erneut vor der Bedrohung durch Faschismus und Krieg. Es gilt, Einsteins Engagement für eine bessere Gesellschaft als Vorbild zu nehmen – für eine Welt ohne Krieg, Ausbeutung und soziale Ungleichheit, für eine sozialistische Welt.



## PERSPEKTIVE » ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: Mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

<https://perspektive-online.net>

fb.com/PerspektiveOn  
x.com/perspektiveon  
instagr.am/perspektiveonline  
t.me/perspektiveon  
mastodon.social/@perspektiveon

### V.i.S.d.P.:

Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.  
Homarstraße 64  
51107 Köln

## PERSPEKTIVE » MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf dein Handy:

Kanalname bei **WhatsApp**:  
Perspektive Online Newsletter

Unserem WhatsApp Kanal beitreten:  
<https://whatsapp.com/channel/0029VaASVPM2P59uL22LIK2N>

Kanalname bei **Telegram**:  
Perspektive Online

Unserem Telegram Kanal beitreten:  
<https://t.me/perspektiveon>

## PERSPEKTIVE » APP

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die **Perspektive-App** über den Playstore downloaden oder die APK direkt von unserer Homepage herunterladen und installieren:

<https://perspektive-online.net/app>



## MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- **Abonniere** die Printausgabe von „Perspektive“:  
<https://perspektive-online.net/abo>
- **Werde Mitglied** im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“:  
<https://perspektive-online.net/verein>
- **Unterstütze uns** mit einer Spende:  
<https://perspektive-online.net/spenden>